

# Katherina Reiche kämpft um das ordnungspolitische Erbe der Union

In der aktuellen Krise, die Deutschland durch die Verwerfungen im Iran und die daraus resultierende Explosion der Energiepreise fest im Griff hat, zeigt sich ein tiefer Riss innerhalb der Bundesregierung. Doch es ist nicht nur der erwartbare Streit zwischen den Koalitionspartnern Union und SPD. Es ist ein Riss, der mitten durch das Selbstverständnis der CDU selbst geht. Auf der einen Seite steht Wirtschaftsministerin Katherina Reiche, die stoisch das vorträgt, was einmal zu den Markenzeichen von CDU und CSU gehörte.

Auf der anderen Seite agiert Bundeskanzler Friedrich Merz, wie einer, der selbst einst als ordnungspolitischer Überzeugungstäter galt, und nun - vorsichtig formuliert - mit den Sachzwängen seiner Koalition im Dauerclinch liegt.

Frau Reiche hat in den vergangenen Tagen etwas getan, was in der modernen Berliner Politik selten geworden ist: Sie hat einfach das Richtige getan. Während die SPD unter Lars Klingbeil reflexhaft nach der „Übergewinnsteuer“ und einem staatlichen „Spritpreisdeckel“ ruft, bleibt Reiche bei den Fakten. Ihre Analyse ist so simpel wie bestechend: Marktpreise haben eine Lenkungswirkung. Wer sie künstlich deckelt, bekämpft das Symptom, aber zerstört den ganzen Mechanismus, der über Jahrzehnte gut funktioniert hat.

Reiche handelt so nicht aus mangelnder Empathie für die Pendler oder den Mittelstand, wie es ihr die linke Opposition unterstellt.

Im Gegenteil: Sie handelt im Bewusstsein für das langfristige Wohl unseres Landes. Ein Staat, der beginnt, willkürlich „Übergewinne“ zu definieren und Preise festzuschreiben, verlässt den Boden der Sozialen Marktwirtschaft. Punkt!

Reiche hat offenkundig erkannt, dass der Standort Deutschland in einer angespannten Weltlage Verlässlichkeit und Investitionssicherheit unbedingt braucht, und ganz sicher keine Effekthascherei. Reiches deutliche Absage an die „Pflasterpolitik“ der SPD ist ein Dienst am Allgemeinwohl, denn es sind die Steuerzahler, die langfristig die Schulden, die heute aufgenommen werden, zurückzahlen.

**Umso enttäuschender wirkt die „Performance“ des Bundeskanzlers**

Friedrich Merz ist mit seiner Partei angetreten, Wirtschaftspolitik wieder in den Mittelpunkt des Profils der CDU zu rücken. Und sein CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hatte die Parole ausgegeben „einfach machen“, wenn wir den Lebensalltag der Menschen spürbar verbessern, wenn wir die Massenmigration stoppen, dann klappt's auch wieder an der Wahlurne und nebenbei kriegt man die AfD kleiner. Aber Pustekuchen...

Merz wirkt in diesen Tagen seltsam blass, und er scheint den Erhalt seiner Regierung mit der SPD, die sich erkennbar auf ihr politisches Ende zubewegt, über jede ordnungspolitische Vernunft zu stellen. Der

Mann, der sich mit seiner katastrophalen „Brandmauer“-Strategie gegenüber der AfD um jede eigene Option bringt, könnte an der Energiefrage ernsthaft ins Straucheln geraten. Und Lowperformer wie Lars Klingbeil und Bärbel Bas ziehen den Kanzler von der CDU am Nasenring durch die Manege. Ein echtes Trauerspiel...

Friedrich Merz, der früher keine Gelegenheit ausließ, die ökonomische Inkompetenz der Sozialdemokraten zu geißeln, ist nun nur noch Moderator einer Politik, die er besser kennen sollte und einst konsequent abgelehnt hat

**+++Gefällt Ihnen dieser bürgerliche Blog?+++Dann helfen Sie aktiv mit, dass es weitergeht+++Bitte spenden Sie auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal auf @Vers 1 Medien GmbH+++**

Der Streit um Pendlerpauschale und Tankrabatt ist ja auch nur die Spitze des Eisbergs. Reiches Vorschlag, die Entlastung über das Steuersystem (Pendlerpauschale) zu regeln, ist klassische Ordnungspolitik: Die Hilfe kommt dort an, wo die Belastung entsteht, ohne den Marktpreis zu verzerren. Die SPD hingegen will das Geld - wie immer - einfach mit der Gießkanne verteilen und gleichzeitig Unternehmen drangsaliieren, die im globalen Wettbewerb bestehen müssen.

Dass Merz aber in diesem Moment seine eigene Ministerin nicht stützt, sondern sie für ihren „Tonfall“ kritisiert, ist mehr als irritierend. Es geht nämlich nicht um den Ton, es geht um die ganze Richtung. Es geht darum, der Bevölkerung aufzuzeigen, dass diese Regierung einen Plan für Deutschland hat, der über die nächsten Landtagswahl hinausreicht. Und nicht nur darum, einen Schreibtisch im Bundeskanzleramt irgendwie zu sichern.

In der Geschichte der Bundesrepublik waren es oft die unbequemen Wirtschaftsminister, die das Land stabil auf Kurs hielten. Ein Vergleich von Frau Reiche mit dem großen Ludwig Erhard ist dabei sicher deutlich zu hoch gegriffen. Aber für den Erhalt des freien Marktes zu streiten, das ist unbedingt der Weg in die richtige Richtung. Ein Land, das in der Krise seine Prinzipien aufgibt, verliert mehr als nur Geld; es verliert seine Zukunft.

---

## **Zwei goldene Wochen für die CDU, starke Zugewinne für die AfD - leider versteht die nicht, was sie grundsätzlich falsch macht**

Bei den politischen Journalisten in der Hauptstadt ist es am Wahltag so, dass sie ab dem frühen Nachmittag regelmäßig Trendmeldungen der Demoskopien per *WhatsApp* bekommen.

Die erste heute erreichte mich exakt um 15:26 Uhr. Die *Forschungsgruppe Wahlen* (FGW) ermittelte für

die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 29 bis 31 Prozent für die SPD und 28 bis 30 Prozent für die CDU. Eine Viertelstunde später erreichte mich der ARD-Trend: SPD 32 und CDU 30 Prozent. Alles deutete darauf hin, dass die Union auch in Rheinland-Pfalz ein ähnliches Desaster wie vor zwei Wochen in Baden-Württemberg erleben würde. Und in meinem Kopf schwirrte schon herum, wie ich das am späten Abend in Worte und diesen Artikel für meine Leser fassen könnte.

**Aber wenn man diese Zahlen nachmittags erhält, dann muss man wissen, wie sie ermittelt werden**

Denn die Meinungsforschungsinstitute suchen vorher Wahlkreise aus, die bei den Wahlen vor fünf Jahren am nächsten am später richtigen Ergebnis lagen. Dann gehen sie dorthin und befragen über den ganzen Tag insgesamt etwa 20.000 Wähler, die aus dem Wahllokal kommen und gerade auf dem Stimmzettel ihre Kreuze gesetzt haben. Manche antworten dann, andere nicht. Dann wird auch nicht nur gefragt, was sie gerade gewählt haben, sondern auch, was sie vier Jahre vorher angekreuzt hatten. Und noch ein paar andere Dinge. Das ist dann das Basismaterial für all die schönen Grafiken, die Sie abends zur Analyse in den Wahlstudios von ARD und ZDF präsentiert bekommen.

**Man weiß aber auch, dass die Zahlen nachmittags um 14 oder 15 Uhr noch eine erhebliche Fehlertoleranz ausweisen**

Allein schon dadurch, dass nur die Stimmen von Wählern gesammelt werden, die ins Wahllokal gehen. Die Briefwähler sind also unberücksichtigt. Und die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte zeigt, dass CDU, Grüne und FDP bei Briefwählern oft überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielen. Mehr als bei denen, die wie SPD- und AfD-Anhänger eher Wahllokale bevorzugen, um selbst dort abzustimmen.

Aus den Trendzahlen um 15 Uhr konnte sich nicht sicher ablesen lassen, wer um 18 Uhr die Nase vorn haben würde. Aber klar war, dass die Wahlbeteiligung steigt – wie sich später herausstellte – hauptsächlich, weil frühere Nichtwähler dieses Mal gewählt hatten, und zwar vorrangig die AfD.

Und sicher war danach auch, dass die FDP und die Freien Wähler, wahrscheinlich aber auch die Linke, die Fünf-Prozent-Hürde nicht schaffen würden.

Tatsächlich hatte dann um 17 Uhr die Forschungsgruppe Wahlen auch für ihre Befragungen vor Wahllokalen ihre Prognose zugunsten der CDU geändert. Und Sie alle wissen, dass es dann so gekommen ist.

Nach 35 Jahren wird die CDU in Rheinland-Pfalz wieder den Ministerpräsidenten stellen. Vor zwei Wochen haben sie dieses Ziel knapp verfehlt, und Cem Özdemir schaffte es kurz vor knapp noch, mit seinen Grünen auf Platz 1 zu springen. Aber: Die CDU kehrt im Ländle, einst wie Rheinland-Pfalz eine Hochburg der Union, nach 15 Jahren wieder „auf Augenhöhe“ in die Landesregierung zurück. Und was viele in Deutschland gar nicht so wahrgenommen haben: Auch in Brandenburg ist die CDU als Juniorpartner wieder – ohne Landtagswahl, sondern durch Koalitions-Rochade – in der Landesregierung dabei.

**Die vergangenen zwei Wochen waren für die CDU extrem erfolgreich**

Und wäre die Performance der Bundesregierung unter Friedrich Merz nicht so grottig, stünde die Union als führende politische Kraft in Deutschland noch weitaus besser da.

Die ständigen Kassandrarufer vom bevorstehenden Untergang der CDU, die „das Schicksal der italienischen DC“ und den Sturz in die Bedeutungslosigkeit erleben werde, sind wirklich ein Stück weit absurd, wenn man sich in der politischen Wirklichkeit bewegt.

Die Union ist innerhalb von zwei Wochen in drei Landesregierungen eingezogen, in denen sie vorher nicht war. Posten werden verteilt, Geld wird verteilt, Strukturen werden ausgebaut. Die CDU ist putzmunter - und leider wird sie das zu weiterer Überheblichkeit verleiten, die vollkommen unangebracht ist, weil die Union einfach nicht strategisch und vor allem längerfristig denkt. Jetzt ist erst mal wieder satte Selbstzufriedenheit angesagt, statt grundsätzlich die Weichen zu stellen für die Zukunft.

**Die AfD hat bei den beiden jüngsten Landtagswahlen bärenstark abgeschnitten**

In Rheinland-Pfalz fast 20 Prozent (Stand soeben 19,9 %). Ein Fünftel der Deutschen und mehr wollen eine konservativere Politik - im Osten ebenso wie im Westen. Und das Dauergejammer von der bösen Ausgrenzung durch die „Altparteien“ ist ja auch nicht falsch, aber es zeigt auch nicht das ganze Bild. Die Bereitschaft der Union, der Funktionäre wie der Mitglieder, mit der AfD zu koalieren, ist nicht nur schlecht, sie wird immer schlechter.

Das haben die Zahlen gestern Abend in der ARD belegt. 71 Prozent der AfD-Wähler wünschen sich in Mainz eine Regierungsbildung zusammen mit der CDU. Aber 96 Prozent der CDU-Wähler lehnen genau das ab. Und das hängt auch damit zusammen, dass die AfD heute so ist, wie sie ist.

In der deutschen Nachkriegsgeschichte haben es zwei Parteien geschafft, sich aus eigener Kraft dauerhaft im Parteiensystem zu etablieren: die Grünen und die AfD. Die Grünen haben nach deren ersten Wahlerfolgen und chaotischen Parteitag begonnen, den Kampf zwischen „Realos“ und „Fundis“ final auszufechten. Als das durch war, bekamen die Grünen relativ schnell Zugang zum Politikbetrieb und sind bis heute Gesprächs- und Koalitionspartner überall. Mit der AfD wollen andere Parteien nicht einmal sprechen, geschweige denn kooperieren oder sogar koalieren.

Weil sie diesen Selbstreinigungsprozess bis heute nicht einmal begonnen haben. Weil man in der AfD offen vor einer „Melonisierung“ der Partei warnt, also vor dem erfolgreichen italienischen Modell, wo eine postfaschistische Partei erfolgreich Italien regiert und sogar in der EU-Kommission vertreten ist. Aber selbst viele der führenden Rechtsaußen-Parteien in Brüssel wollen mit der AfD möglichst nichts zu tun haben. Die Union wird nie im Leben mit Politikern vom Schlage Helferich, Höcke oder Moosdorf in irgendeiner Form zusammenarbeiten. Die Ablehnung gegenüber den Putin-Lautsprechern und EU-Hassern ist in CDU und CSU so hoch wie noch nie zuvor.

Noch ein Wort zu den Kleinen: FDP und Freie Wähler (FW) sind gescheitert. Ich sehe im Moment nicht,

wie sich die Freien Wähler – außer in Bayern – auf oberen Ebenen (Bund, Länder) erholen können. Das ist eine typische bürgerliche Kommunalpartei, überall verankert. Mehr leider nicht. Und über die FDP habe ich geschrieben, dass ich sie für erledigt halte, wenngleich ich das bedauere. Eine Partei, die nicht einmal mehr zwei Prozent der Wähler hinter sich versammle, habe „ein existenzielles Problem“, sagte Frau Strack-Zimmermann vorhin in einem Interview. Dem ist nichts hinzuzufügen.

---

## **SPD halbiert, AfD verdoppelt - Grüne und CDU regieren: Die Wahl im Südwesten im Überblick**

Manchmal passiert ein Wunder. Ich habe es in den vergangenen 45 Jahren hin und wieder erlebt, dass man spät am Abend mit einem Wahlergebnis einschläft und dann am kommenden Morgen mit einem anderen Wahlergebnis aufwacht. Das passiert selten, aber es passiert.

Ich gebe zu, als ich gestern schlafen ging, erlebte ich einen kurzen Moment, in dem ich dachte: Vielleicht, ganz vielleicht, klappt es ja doch noch. Aber nicht verscheuchen ließ sich leider die Ratio. Drei Prozent Vorsprung – das kann nicht durch das abweichende Wahlverhalten der Briefwähler oder Nachzählen in Wahllokalen eingeholt werden. Das ist zu viel.

0,5 Prozent fehlten der CDU letztlich, um nach 15 Jahren wieder das Steuer der einstigen CDU-Hochburg im Südwesten übernehmen zu können.

**Das ist bitter für die Union, aber hey: So ist Demokratie**

Ich bin gespannt, ob Frau Wagenknechts Putin-Lobbyverein namens BSW, das gestern 1,4 Prozent der Stimmen errang, jetzt noch einmal nachzählen lassen wird. Und ganz ehrlich: Ich bin froh, dass die Sozialisten von BSW und Linke es nicht in den Landtag geschafft haben.

Bei den *Freien Demokraten* bin ich traurig. Sie waren immer drin im Stuttgarter Landtag, seit 1949. Und sie passen einfach zum Ländle, zu den Häuslebauern, denen man nachsagt, wie fleißig und bodenständig sie hier seien. Aber letztlich reichte es nicht, obwohl die Umfragen noch kurz vorher erfolversprechend aussahen für die FDP. Aber um die Grünen und einen Ministerpräsidenten Özdemir zu verhindern, entschieden sich kurz vor der Wahl offenbar viele Liberale noch, die bei der vergangenen Wahl FDP gewählt hatten, dieses Mal doch für die CDU von Manuel Hagel zu stimmen. Und erstaunlich: Selbst von den Grünen flossen rund 100.000 Stimmen zur CDU, noch mehr aus dem Lager der Nichtwähler, etwa 135.000. Gleichzeitig verlor die CDU auch an die Grünen. Man wird langsam zu einer großem politischen Familie...

Die einzige Partei, die aus allen Lagern Stimmen dazugewonnen hat, das war gestern Abend die AfD

Selbst von den Grünen gab es einen bescheidenen Zufluss, von SPD, FDP, CDU – die AfD sammelt Stimmen ein und verdoppelt sich gegenüber der Wahl vor fünf Jahren auf 18,8 Prozent. Ein deutliches Signal, dass die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien auch im Ländle wächst, wo die Sonne scheint, der Daimler schicke Autos baut und der Trollinger in Strömen fließt. Ich kann es heute noch nicht demografisch belegen, aber ich bin überzeugt, dass das Thema Nummer eins für das blaue Fünftel der Gesellschaft weiter die Migration und die Kriminalität sind. Wir werden es vielleicht noch erfahren.

**Die SPD ist wieder drin – Halleluja!**

5,5 Prozent verloren, 5,5 Prozent gehalten. Würde ich in Baden-Württemberg leben, mir fiel kein Grund ein, warum man die traditionsreiche einstige Arbeiterpartei heute noch wählen sollte. Wenn ich kurz nachdenke: Mir fällt überhaupt kein Grund ein, warum man noch diese SPD wählen sollte.

15 Parteien standen übrigens im Südwesten gestern auf dem Stimmzettel, die üblichen Verdächtigen: Freie Wähler, Tierschutzpartei, Volt und Bündnis C. Gut, die Freien Wähler haben noch respektabel fast zwei Prozent geschafft, aber warum treten all die anderen kleinen Parteien bei einer so engen Wahl überhaupt an, bei der ohne jeden Zweifel klar ist, dass sie viel Arbeit und Geld investieren, aber nicht den Hauch einer Chance beim Wahlvolk haben?

So wie die konservative WerteUnion (WU), die mit ihrem Spitzenkandidaten, dem ehemaligen AfD-Chef Jörg Meuthen, gerade einmal 0,2 Prozent einsammeln konnte? Als Hobby? Gut, andere spielen Golf oder bauen im Keller eine Carrera-Bahn auf – aber was soll das noch?

Der Berliner „*Tagesspiegel*“ ist heute Morgen in einer „Wahlanalyse“ zu dem Schluss gekommen: Die Grünen hätten jetzt alle Koalitionsmöglichkeiten in Baden-Württemberg. Da musste ich das erste Mal heute früh richtig lachen.

**Denn die Grünen haben nur eine einzige: die CDU**

Rechnerisch heißt ja nicht automatisch, dass etwas anderes wirklich machbar wäre. Weder die Grünen noch die CDU werden mit der AfD auch nur Gespräche über eine Zusammenarbeit führen. Als AfD-Spitzenkandidat Markus Frohnmaier gestern im Fernsehinterview mit Özdemir und Hagel dem CDU-Mann wieder den vergifteten Apfel reichte, man könne doch jetzt mal so richtig eine konservative Regierung bilden, antwortete Nagel nicht einmal auf das Angebot. Und ab heute wird die AfD wieder das Netz mit der Mär fluten, die böse, böse CDU wolle ja lieber die Grünen als eine vernünftige Politik. Und sie werden jeden kleinen Einwand entrüstet zurückweisen, dass das auch etwas mit dieser AfD und sogar Herrn Frohnmaier zu tun haben könnte, der sich in der Fernsehdebatte der Spitzenkandidaten gar nicht schlecht geschlagen hat.

Aber ein Spitzenpolitiker der AfD, der ankündigt, er werde demnächst als Ministerpräsident nach Moskau fliegen, um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Baden-Württemberg und dem Kreml mal wieder so richtig in Schwung zu bringen, der bewegt sich am Rande der Lächerlichkeit.

Bleiben wir also in der Realpolitik, und die ist trostlos genug.

In Baden-Württemberg wird es auch in den kommenden fünf Jahren keine signifikanten Schritte in Richtung eines Politikwechsels geben. Cem Özdemir wird nicht alles falsch machen, Vize Hagel im Beifahrersitz ist jetzt ein bundesweit bekanntes, frisches CDU-Gesicht, das seine Zukunft noch vor sich hat. Und „The Länd“ wird nicht untergehen. Die „Atomkraft? Nein danke!“-Aufkleber bleiben im Südwesten leider in vielen Haushalten am Kühlschrank.

**P.S. Wenn Sie unsere publizistische Arbeit unterstützen möchten, bitte spenden Sie auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @Vers 1 Medien GmbH!**

---

## **Die Uhr tickt: Die Union hat nicht mehr viel Zeit, mit der AfD ins Gespräch zu kommen**

Umfragen sind stets nur eine Momentaufnahme, die eine aktuelle Stimmungslage spiegelt. Ganz sicher sind sie keine sicheren Vorhersagen, und Umfragen sind oftmals auch ein Mittel zur politischen Stimmungsmache. Manche von Ihnen werden das Buch „Die Schweigespirale“ der einstigen Frau Noelle-Neumann kennen, die 1947 zusammen mit ihrem Ehemann das renommierte Allensbacher Institut gründete, das für die Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl zum wichtigsten Instrument wurde, die Stimmungslage der Deutschen im Blick zu behalten.

Noelle-Neumann vertritt in ihrem Buch „Die Schweigespirale“ die These, dass in sozialen Kontexten Einzelne dazu neigen, ihre eigenen Meinungen zurückzuhalten, wenn diese von der öffentlichen Meinung abweichen.

Dies führt zu einer Spirale des Schweigens, in der sich die dominierende Meinung weiter verstärkt und Minderheitsmeinungen zunehmend ignoriert werden. Oder, wie ich es formulieren würde: Wahlplakate und Autoaufkleber überzeugen nicht einen einzigen Wähler, aber dafür sind sie auch nicht da. Trotzdem sind sie für Wahlkampagnen eminent wichtig. Denn sie verstärken den subjektiven Eindruck Unentschlossener zu wissen, wer im Wahlkampf dominiert und spürbar vorn liegt. Und viele Menschen, die nicht so richtig wissen, wen sie wählen sollen, schließen sich dann den vermeintlich zukünftigen Siegern an. Wer will schon „Loser“ sein?

Ein halbes Jahr vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt verliert die AfD laut einer Umfrage leicht an Zustimmung, ist aber weiterhin mit Abstand die stärkste Kraft. Die zweifellos dort deutlich rechte Partei kommt in der Wählergunst aktuell auf 39 Prozent, wie das Meinungsforschungsinstitut INSA für „Nius“

ermittelte. Die CDU erreicht danach 26 Prozent.

Dahinter folgen Linke mit elf Prozent und die SPD mit acht Prozent. Das BSW erreicht sechs, die Grünen drei und die FDP zwei Prozent. Die sonstigen Parteien kommen auf 5 Prozent. Eine Mehrheit ohne die AfD wäre für die CDU rechnerisch nur noch in einem Vierer-Bündnis mit SPD, BSW und der Linken möglich.

**Würde die CDU das machen, wäre das mehr als Verrat an ihren Wählern**

Denn es gibt einen einstimmig gefassten Beschluss eines Bundesparteitages, nachdem die CDU weder mit der AfD noch mit der SED/Linken in welcher Form auch immer kooperiert. Dumm nur, dass AfD und Linke jetzt derart stark geworden sind. Gut möglich, dass im September, dann aber auch in Thüringen, Brandenburg und Sachsen gleiche Konstellationen entstehen. Regierungsbildungen auf Landesebene, ohne dass die traditionellen Volksparteien CDU und SPD überhaupt noch im Spiel sind. Von Grünen und FDP ganz zu schweigen, deren parlamentarisches Überleben in Ostdeutschland mehr als gefährdet ist.

**Und wissen Sie, was das Erstaunliche ist?**

Die Union und die Sozis weigern sich, sich überhaupt ohne Schaum vor dem Mund mit dem Thema zu beschäftigen.

Ich habe mich in den vergangenen Wochen mit Politikern der Union, mit Lobbyisten, Wirtschaftsleuten, Partei-Beratern unterhalten. Und ALLE, wirklich ausnahmslos alle, wissen, dass die Lage genau so ist, wie ich sie hier beschreibe. Und im Vier-Augen-Gespräch stimmen mir alle zu, dass diese Situation der Doofheit der traditionellen Parteien geschuldet ist. Man kann nicht ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland und die Hälfte der Ostdeutschen dauerhaft vom politischen Mitwirkungsprozess ausschließen. Das sehen auch diejenigen so, die nachher meinen Artikel böse verdammen und als völlig falsch brandmarken werden. Obwohl sie genau wissen, dass so die Lage ist.

Es ist jetzt müßig, die Gründe für die Lage noch groß zu würdigen.

Nur kurz: Als die AfD 2013 an den Start ging, war nichts an der Partei bedenklich rechts. Eine Professorenpartei von intelligenten bürgerlichen Leuten, Professoren, Mittelständlern, die nicht wollten, dass wir die Renten und Schulden der Griechen bezahlen müssen.

Ein mehr als berechtigtes Anliegen. „*Mit denen reden wir nicht*“, soll Bundes-„Angie“ Merkel damals gesagt haben. Ein kapitaler Fehler. Noch einer.

Nach der Euro-Staatsschuldenkrise lag die AfD in Umfragen bundesweit bei 3,5 Prozent. Und dann startete Merkel mit ihrer selbtherrlichen Grenzöffnung – begleitet von rauschendem Beifall des Funktionskörpers – ihr einzigartiges Konjunkturprogramm für die AfD.

Hätte die Union spätestens ab 2017 mit der AfD gesprochen, mit Realpolitikern, die politische Landkarte



in Deutschland sähe heute fundamental anders aus.

Selbst viel später, als die AfD Wahlerfolg um Wahlerfolg einfuhr, versammelte es das Adenauer-Haus, mit dem eigenen konservativen „Gallischen Dorf“, der WerteUnion um Hans-Georg Maaßen, einen Dialog aufzubauen. Irgendwas tun, um den vielen konservativ und wirtschaftsliberal gesinnten Bürgern ein Angebot zu machen, das sie bei der Stange hält. Unglaublich, dass die Union kein Problem damit hat, mit Sozis, Grünen und sogar Linken zu dealen, nur mit den eigenen Treuesten der Treuen nicht. Die waren plötzlich alle „rechtsextrem“, denen man Parteiausschlussverfahren an den Hals hängte. Man fragt sich wirklich, was all die hochbezahlten Spindoktoren im Adenauer-Haus beruflich machen.

Aber nun sind sie nunmal da

Viele von Ihnen kennen meine Haltung zu dem Thema. Die AfD ist eine starke politische Kraft geworden, die zwar unmittelbar in den Ländern und im Bund nichts zu entscheiden hat, die aber immer mächtiger wird. Wenn man in Berlin nicht mit ihnen spricht, dann reden ihre Top-Leute halt in Washington und Moskau mit den Mächtigen. Und die machen alle Türen weit auf. Und nun glauben irgendwelche Low-Performer, man könne die Partei verbieten? Ernsthaft?

Für mich persönlich ist die AfD, wie sie sich in der Russland-Frage zu unterwerfen bereit ist, nicht wählbar. Wir sind Deutschland und Europa, wir sind der Westen. Aber bei Migration, innerer Sicherheit, Familie gibt es mehr Schnittmengen mit der Union als mit allen anderen Parteien. Aber die CDU-Führung - und übrigens auch die CSU - blenden das Thema völlig aus. Und werden sich zum Jahresende wahrscheinlich vor die Situation gestellt sehen, dass da im Bundesrat plötzlich ein oder zwei Bundesländer von AfD-geführten Landesregierungen vertreten werden. Und die stimmen dann auch zu zahlreichen Bundesgesetzen mit ab. Und dann? Brandmauer?

---

## **Der Herr Ministerpräsident hat's nicht so mit dem Grundgesetz**

Über die Qualität unseres politischen Führungspersonals sprechen wir täglich, und viele Bürger tun das keineswegs so gesittet wie Sie und wir hier. Wenn jemand in einer verantwortungsvollen Position unfähig ist, dann ist das schlimm.

Aber wenn solche Leute auch noch unsere Grundrechte beschneiden und die Meinungsfreiheit für Kritische Stimmen einschränken wollen, dann kann sich das schnell zu einer Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie entwickeln.

Ein besonders krasses Beispiel lieferte jetzt Schleswig Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther von

der CDU ab.

Der war zu Gast im ZDF bei „Markus Lanz“ und warb für ein Social-Media-Verbot für Unter-16-Jährige, und das ist zumindest etwas, über das man einen Moment nachdenken könnte bei all dem Schmutz, der im Internet kreist. Obwohl mir auch da die Phantasie fehlt, wie man so etwas heutzutage durchsetzen könnte.

**Aber dann ging es ja erst los**

Denn dann haute der CDU-Mann raus, was ihn eigentlich stört: der wachsende Erfolg der freien Medien, die – die meisten seriös und an den Fakten orientiert – zunehmend politische Wirkung entfalten, wie man zuletzt an der gerade noch rechtzeitig verhinderten SPD-Kandidatin Frauke Brosius-Gersdorf für das Bundesverfassungsgericht erlebt hat.

Günther fragt nicht, warum seine Parteifreunde in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geschlampt und nicht richtig hingeschaut haben. Oder warum sein Bundeskanzler Fridrich Merz sich von Frau von Storch (AfD) am Nasenring durch den Bundestag ziehen ließ. Und er fragt auch nicht, warum der öffentlich-rechtliche Grundversorgungsfunk und große Medien wie Spiegel, BILD & Co. das Thema nicht entdeckt und aufgegriffen haben.

Nein, was ihn stört ist, dass da Journalisten ihren Beruf ernstnehmen, recherchieren und bedenkliche Entwicklungen aufdecken – und dass das tatsächlich politische Wirkung entfaltet.

*„Selbst Abgeordnete unserer Fraktion, die gucken sich so einen Quatsch an“*, schäumte Günther, und: *„Viele Medien orientieren sich mittlerweile auch an diesen ganzen sozialen Medien, indem sie selbst politische Agitation betreiben und ja nicht mehr Journalismus machen“*.

*„Ich glaube, wir müssen viel, viel mehr aufwachen, dass das unsere Gegner und auch die Feinde von Demokratie sind“*, appelliert er dann dafür, Medien, die nicht politisch linientreu oder korrumpierbar sind, den Stecker zu ziehen.

FDP-Vize Wolfgang Kubicki bezeichnete Günthers Auftritt bei Lanz danach als „absolut inakzeptables, autoritäres Geschwurbel von Daniel Günther“. Schade, dass die FDP nichts mehr zu melden hat.

Aber vielleicht könnte sich wenigstens der Verfassungsschutz mit dem fragwürdigen Ministerpräsidenten beschäftigen, der kritische Medien loswerden will. In Artikel 5 Grundgesetz steht dazu nämlich etwas anderes...

**Auch im neuen Jahr brauchen wir zum Überleben Ihre Unterstützung.  
Spendenkonto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++oder PayPal @Vers 1  
Medien GmbH....**

---

## **Bringt Woidke (SPD) jetzt die CDU zurück ins Spiel?**

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat die Faxen schon länger dicke. Nun hat er heute am Morgen endgültig die Reissleine gezogen und die Koalition seiner SPD mit der sozialistischen BSW beendet.

Seit Aufnahme der Regierungsgeschäfte war die strukturelle Instabilität des BSW, jenseits inhaltlicher Differenzen, das Hauptproblem dieser Koalition. Woidke begründete seinen Schritt vorhin mit der „völligen Unberechenbarkeit“ seines Partners. Interne Machtkämpfe und die Abhängigkeit von Wagenknechts Vorgaben aus Berlin lähmten die Arbeit von Anfang an. Der finale Knall erfolgte dann gestern, als Finanzminister Robert Crumbach aus dem BSW austrat, gefolgt von weiteren Abgeordneten. Damit verlor die Koalition ihre rechnerische Mehrheit.

Da auch in Brandenburg mit der starken, aber rechtsaußen verorteten AfD niemand im Parlament etwas zu tun haben will, richten sich die Blicke nun auf die CDU und ihren Landeschef Jan Redmann.

Eine rot-schwarze Koalition hätte die knappe Mehrheit von 45 der 88 Sitze. Das ist nicht viel, und birgt deshalb enorme Risiken. Jeder einzelne Abgeordnete, der noch eine Rechnung mit seiner Parteiführung oder irgendeinem Minister offen hat, könnte die bei jeder geheimen Abstimmung „begleichen“ und damit möglicherweise der ganzen Koalition den Stecker ziehen.

Dazu kommt, dass es in Potsdam kein Geheimnis ist, dass Woidke und Redmann persönlich nicht miteinander können.

Letztlich ist ein Bündnis der SPD mit der CDU wohl unumgänglich für Brandenburg in der jetzigen Situation. Ob es dauerhaft und stabil möglich ist, werden wir sehen.

---

## **Was mich antreibt und was dieser Blog ist**

Liebe Leserinnen und Leser,

kennen Sie die amerikanische Internet-Plattform „*infowars*“ von Alex Jones? Der Mann hat traumhafte

Reichweiten: 3,9 Millionen Follower auf X, eine Million auf seiner Webseite. Und auf Youtube waren es mal 2,4 Millionen Abonnenten, bevor man ihn abschaltete und auch verhinderte, dass er neue Kanäle eröffnen konnte.

Denn „*infowars*“ ist eine Seite für Verschwörungsfreunde, die sich mit allerlei dumpfen Müll beschäftigt, aber beim Leser gruselige Schauer auf den Rücken zaubert.

Jones unterstützt oft Donald Trump, da wissen wir noch nicht, wie dessen Amtszeit ausgeht. Aber *Deep State* und *False Flag* bei 9/11 – hören Sie mir bloß auf mit diesem Quatsch! Und nein, selbst wenn Sie mich beschimpfen, für doof halten oder mit Liebesentzug drohen: ich bin sicher, dass Hillary Clinton nicht mit Kinderpornos im Keller einer Pizzeria in Washington DC handelt, was Millionen Zeitgenossen heute für plausibel und bewiesen halten.

Herr Jones vertreibt auf seinen Seiten auch Nahrungsergänzungsmittel und Überlebensausrüstungen für den Endkampf – aber alles half nichts. Denn Herr Jones ist pleite.

Ich will nicht weiter ausführlich über Herr Jones philosophieren. Ich will an dem Beispiel nur deutlich machen, was ich nicht bin und nicht sein will.

Ich werde nicht Lesern nach dem Mund schreiben, um mehr Klicks zu generieren. Ich habe diesen Blog begonnen, um aus meinen beruflichen und politischen Erfahrungen und meinen Beobachtungen Meinungsbeiträge zu schreiben und mit Ihnen zu diskutieren. Und ich will damit keinen finanziellen Verlust machen, Geld verdienen kann man damit eh nicht. Entweder haben sie Spender und Mäzene oder sie müssen aufhören. So simpel ist es leider.

**Aber so weit sind wir hier nicht**

Ich bin Journalist und kein Politiker. Und ganz ehrlich, mir ist vollkommen egal, wen oder was sie wählen. Mich interessiert, warum sie etwas so oder anders sehen oder wählen. Ich hab nichts gegen die CDU und ich hab nichts gegen die AfD. Ich habe etwas gegen Denkverbote, deshalb heißt dieser Blog *Denken erwünscht*. Ich habe über Jahre zig Artikel geschrieben, in denen ich die CDU unter und nach Merkel harsch kritisiert habe. Da bekomme ich Beifall. Und ich habe die AfD in zig Beiträgen verteidigt und zur Zusammenarbeit mit ihr aufgerufen. Da bekomme ich sogar frenetischen Beifall.

**Aber wehe, ich erlaube mir, auch die AfD mal zu kritisieren**

Dann ist aber was los. Da wünscht ein Teil des Stammpublikums gar keine Auseinandersetzung mehr über das Thema. Die AfD ist sakrosankt, die darf man nicht kritisieren, sonst ist man ein „CDU-U-Boot“, ein „Systemling“, eine „Ami-Nutte“, alles, was mir dann aus dem „gehobenen Bürgertum“ so gelegentlich an den Kopf geworfen wird.

**Werde ich deshalb aufhören zu denken?**

Werde ich mich wegen Beifall und Klicks verbiegen, mich dem neuen Mainstream unserer Zeit anpassen?  
Im Leben nicht. Ich bin zu alt und mache das alles zu lange, um um billigen Beifall zu betteln.

Boris Reitschuster hat vor zwei Wochen einen Artikel zu diesem großen Thema geschrieben und zur Diskussion in den Raum gestellt, ob nicht viele derjenigen, die wie ich mal als „alternatives Medium“ begonnen haben, heute genau dasselbe machen, wie der Mainstream damals.

Er macht das fest am Thema Ukraine-Krieg und an Politikern, die den Mund groß aufgerissen haben für das unbedingte „Selbstbestimmungsrecht aller Völker“, und für die das heute bei der Ukraine ganz plötzlich nicht mehr gilt, weil Moskau das nicht gern hört. Oder die seit Parteigründung immer die allgemeine Wehrpflicht wieder einführen wollten, und plötzlich dagegen sind, weil „mir hat Putin nichts getan“.

Das ist so unglaublich blöde, ich ersticke, wenn ich das nicht mehr aussprechen und schreiben darf.

Wir sind kein rechter Blog, wir sind ein seriöser Blog. Mir geht es um das konservative Bürgertum, um Menschen, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten und sich an Gesetze halten, eine Familie haben oder wollen, die zusammenhält, die ihren Kindern eine Zukunft bieten wollen und die - wenn sie können - an Gott glauben und unsere deutschen Traditionen leben. Ich bin für Recht und Ordnung, die Marktwirtschaft, das westliche Bündnis und ein Europa souveräner Staaten zum gegenseitigen Nutzen locker miteinander verbunden. Das ist meine kleine Gedankenwelt.

Wer sich damit nicht identifizieren kann, findet im Internet reichlich andere Blogs und Portale. Ich nehme es keinem übel. Wirklich.

Morgen feiern Milliarden Menschen auf der Welt die Geburt Jesu Christi, zumindest werden viele daran denken, dass jetzt nicht der Tag des Lebkuchens und der Lichterketten vor uns liegt, sondern - wie Christen glauben - der Beginn eines Heilswerks, in dem Jesus als Retter gesehen wird, der die Trennung zwischen Gott und Mensch überwindet und die Hoffnung auf ewiges Leben schenkt. Die damit verbundene Botschaft „Friede auf Erden“ legt dabei den Grundstein für christliche Werte wie Nächstenliebe, Barmherzigkeit und die Würde jedes Einzelnen. Darauf kann man eine Gesellschaft für die Zukunft fit machen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen hier und Ihren Familien, Nachbarn und Freunden ein gesegnetes Weihnachtsfest!

Übertreiben Sie es nicht mit dem Essen und Trinken!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Klaus Kelle

**P.S. Wenn Sie für die Zukunft dieses Blogs etwas tun möchten, dann helfen Sie mir**

**mit einer kleinen (oder größeren) Weihnachtsspende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @Vers 1 Medien GmbH!**

---

## **Spurensuche... wo ist eigentlich die CDU in Ostdeutschland?**

Kurz vor dem Weihnachtsfest habe ich Ihnen heute eine schöne Erkenntnis mitgebracht. Es gibt sie noch, die gute alte CDU. Und zwar im Osten Deutschlands, also sozusagen die Ost-CDU, aber ohne Blockflöten, sondern erstaunlich lebendig.

Die CDU, die Älteren erinnern sich, das war die Partei der Deutschen Einheit, und das ist sie bis heute. Im Grunde wird sie das für immer bleiben, wenigstens in den Geschichtsbüchern.

Nicht, weil sie die Einheit gemacht hätte, das wäre nun wirklich zu viel der Ehre. Aber nachdem Reagan, Gorbatschow & Co. ihre Arbeit gemacht haben, und sich die Deutschen in der früheren DDR mit großem Mut zu Zehntausenden auf die Straßen wagten und dann noch Günter Schabowski am 9. November 1989 versehentlich auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin einen Notizzettel zur neuen Reiseregulation vorlas und falsch interpretierte („unverzüglich, sofort“) und damit Weltgeschichte schrieb, in dem er versehentlich den sofortigen Fall der Mauer und das Ende der DDR einleitete, kam die Stunde von Helmut Kohl und der Union.

Und die machten es gut, da sind sich nicht nur die belesenen Historiker nahezu einig, manches davon durfte ich als Journalist damals selbst aus nächster Nähe verfolgen. Die unvergessliche Nacht vom 9. auf den 10. November mit einem Kopfhörer auf, Mikrofon in der Hand, Lederjacke über dem Smoking, den ich vorher bei der feudalen Geburtstagsfeier des Filmemachers und Radio-Pioniers Uli Schamoni trug, als der „Befehl“ zum Ausrücken und Berichten kam.

Ich könnte hier stundenlang erzählen, von den Ereignissen zwischen diesem 9. November und dem 3. Oktober 1990 und den Jahren danach. Heute lebe ich, der einstige „Wessi“, selbst im Land Brandenburg – und es lebt sich schön hier, selbst wenn die Wahlergebnisse bis heute gewöhnungsbedürftig sind.

**Nehmen Sie die Landeshauptstadt Potsdam!**

Die hat ein großes historisches Erbe, ist wirklich schön mit dem Alten Markt und der Nikolaikirche, dem rekonstruierten Stadtschloss (heute der Landtag), und das Museum Barberini gilt als eines der schönsten Ensembles des Klassizismus.

Potsdam ist eine einzigartige Kombination aus prunkvoller Architektur, weitläufigen Parkanlagen und Seen und Flüssen ohne Ende, was der Stadt und der Havel-Region im Frühling und Sommer eine

mediterrane Atmosphäre verleiht. Und vom Schloss Sanssouci mit seinen berühmten Weinbergterrassen will ich gar nicht erst anfangen.

Der Fernsehmoderator Günther Jauch lebt hier, nicht nur ein bundesweit bekanntes Gesicht, sondern ein großzügiger Mäzen, der viel privates Geld in die Entwicklung der Stadt investiert hat (Wiederaufbau des Stadtschlusses, Villa Kellermann). Und der Modemacher Wolfgang Joop ist Potsdamer, Friede Springer, Matthias Döpfner, Kai Diekmann, und SAP-Gründer Hasso Plattner, ein waschechter Milliardär.

Ich habe mal gelesen, dass Potsdam - in Relation zur Einwohnerzahl - die höchste SUV-Dichte in Deutschland hat - vor München, Düsseldorf und Hamburg.

**Und wenn dann Wahltag ist?**

Genau, dann wählt man hier links. Seit 1990. Immer.

Die SED-Nachfolger sammeln hier immer noch jede zehnte Wählerstimme ein, das wird endlich weniger von Wahl zu Wahl, aber dass in Potsdam überhaupt noch jemand die Fußkranken der Weltrevolution wählt - ich werde das nie verstehen.

Und klar, die AfD wächst deutlich, liegt inzwischen bei über 13 Prozent. Aber die Masse wählt hier regelmäßig chaotische Stadtplanung, Bürokratie, Sozialismus und Gedöns.

Stärkste Partei ist - fragen Sie mich nicht warum - weiter die SPD (19,4%), gefolgt von den Grünen (14,5%), dann „die anderen“ links und stärker als Die Linke, Volt, die linke „Spaßpartei“ namens „Die Partei“, die kaum zu Spaß in der Lage ist, und wenn ich mir das so anschau, frage ich mich unwillkürlich: WARUM? Was ist hier los?

Oberbürgermeisterin ist jetzt die parteilose Noosha Aubel, die am 12. Oktober richtig abräumte, nachdem das SPD-Dauerabonnement fürs Regieren in der Landeshauptstadt vom Wähler deutlich gekündigt wurde. Zuvor gab es nach dem Mauerfall nur Sozis an der Stadtspitze. Aber als OB Mike Schubert (SPD), der unfähigste Mann in diesem Amt hier jemals, mit schweren Korruptionsvorwürfen konfrontiert wurde und die Staatsanwaltschaft Ermittlungen einleitete, reichte es selbst den geduldigsten Potsdamer SPD-Genossen. Endlich.

Noosha Aubel wurde im Wahlkampf getragen von allerlei linken Parteien, die Grünen an der Spitze. Ihre Agenda: Allerlei Erwartbares, linkes Zeug: Autoarme Innenstadt, Wohnen als Grundrecht und bezahlbare Mieten - was sehr zu begrüßen ist - die „Sicherung kreativer Freiräume“, mehr Fuß- und Radwege. Alles harmlos, nichts auf den ersten Blick Bedrohliches, aber ganz sicher kein Neuanfang, kein Aufbruch.

**Und damit komme ich dann zur CDU**

Ja, die gibt es auch in Potsdam noch. Mit 14,7 Prozent liegt sie gleichauf mit den Grünen - nur: sie hat

nichts zu melden hier. Bei der Landtagswahl im September vergangenen Jahres kamen die Christdemokraten sogar nur auf 12,1 Prozent der Zweitstimmen. Die CDU schafft es im Land Brandenburg nicht, den Bürgern überzeugend zu erklären, warum man sie wählen sollte. Und das „Spitzenpersonal“ der CDU im Land...naja. Heute noch erinnern sie sich hier mit feuchten Augen an den früheren Landesvorsitzenden und Innenminister, General Jörg Schönbohm. Das war noch einer....

Vergangene Woche war ich bei einer CDU-Veranstaltung auf dem „Spargel- und Erlebnishof Klaistow“ in Beelitz. Das ist eine tolle Einrichtung, ein „Bauer“ aus Ostwestfalen hat hier eine Art Gemüse-Disneyland geschaffen. Wirklich beeindruckend.

Die örtliche CDU-Bundestagsabgeordnete Saskia Ludwig hatte Unternehmer aus der Region zum „Klaistower Gespräch“ mit Christian von Stetten, dem Wirtschaftsexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingeladen. Volle Bude, über 100 Gäste, und - hier im Osten trauen sich auch CDUler, wenn sie unter sich sind, Klartext zu reden.

Der Gast, Chef des einflussreichen Parlamentskreises Mittelstand (PKM) in der Fraktion, war selbstkritisch, zeigte immerhin auf, was die neue Bundesregierung trotz aller Startschwierigkeiten angeschoben habe. Das klang gar nicht so schlecht, aber - so wollte einer wissen - ob von Stetten das Gefühl habe, dass die Bürger in Deutschland eine „Politikwende“ erkennen, wie von Bundeskanzler Merz im Wahlkampf versprochen? Jeder weiß, dass es überhaupt nicht gut läuft.

**Aber was können wir denn machen?**

Mit Frau Bas und Herrn Klingbeil, der angeblich „nicht ganz so schlimm“ sei. Politikwende mit SPD oder Grünen? Das ist ausgeschlossen.

Jeder weiß das, auch Politiker und Mitglieder der Union, die das aber nicht sagen können.

„Ich weiß schon, worauf Sie hinauswollen“, reagiert von Stetten auf zunehmendes Murren im Saal. Ja, in vielen Bereichen könnte man sofort die politischen Fehlentwicklungen stoppen und korrigieren, wenn es eine Zusammenarbeit zwischen CDU und AfD gäbe, der inzwischen mit Abstand stärksten Kraft im Land Brandenburg. Die aber auch einer der „rechtsten“ Landesverbände der AfD überhaupt sind, deren Abgeordnete auch mal Besuchergruppen in die Russen-Botschaft einladen. Und sie stellen seltsame Anfragen zur kritischen Infrastruktur im Land, fast so wie eine Auftragsarbeit aus Moskau.

„Sollen wir mit einer Partei zusammenarbeiten, die aus der EU und der NATO raus will?“, fragt von Stetten, und nein, so einen Unsinn will hier im Saal keiner. Erstaunlich und erfreulich, wie viele an der CDU-Basis in Ostdeutschland sich noch erinnern an die Zeit mit „den Freunden“, wie die russischen Besatzer zu DDR-Zeiten zynisch genannt wurden.

Hier hat an diesem Abend niemand Lust auf die „gute alte Zeit“, hier ist CDU pur.

So wie Saskia Ludwig CDU pur ist. Sie redet niemandem nach dem Mund, sie ist Klare Kante pur. Sie war



die erste Bundestagsabgeordnete der Union, die nach der SPD-Nominierung der zweifelhaften Kandidatin Brosius-Gersdorf für das Bundesverfassungsgericht im Fernsehen erklärte, sie werde diese Frau nicht wählen. Fraktionsdisziplin hin oder her. Und nachdem sie das öffentlich gesagt hatte, schlossen sich fast 60 Abgeordnete der Union an, Frau Brosius-Gersdorf ist Geschichte.

Und die CDU-Frau Ludwig gibt auch beim Thema Corona keine Ruhe und fordert unentwegt die konsequente Aufarbeitung aller staatlichen Maßnahmen damals, was nicht allen Parteifreunden gefällt, die damals dabei waren.

Ja, die CDU lebt - auch in Ostdeutschland

Das erfahre ich auch, als ich gestern einen alten Freund im Berliner Bezirk Pankow (Sie wissen schon: Sonderzug und so...) besuche. „Hier ist es schon noch bürgerlich“, erzählt er mir beim Kaffee. Aber die Leute trauten der Union einfach nicht mehr, die Partei ist in Ost-Berlin alles andere als verwurzelt. „Und es waren ja nicht nur die Besten, die nach der Wende aus dem Westen rüberkamen, um hier politische Karriere zu machen.“ Wer wollte da widersprechen?

Björn Höcke (AfD) und Bodo Ramelow (Linke) seien aber auch Wessis, werfe ich zaghaft ein, und die würden in Ostdeutschland bejubelt. So ganz stringent ist das nicht. Und es waren CDU-Politiker wie Kurt Biedenkopf, Bernhard Vogel oder auch Lothar Späth, die entscheidenden Anteil daran hatten, dass der deutsche Osten nach 28 Jahren Sozialismus wieder auf die Beine gekommen ist. Das gehört auch zur Wahrheit, oder?

P.S. Der Blog „Denken erwünscht“ existiert seit nun elf Jahren und ist eine wichtige Stimme für das bürgerlich-konservative Deutschland. Aber der Medienmarkt verändert sich rasant, und in der Krise ist die Bereitschaft der geeigneten Bürger, Geld zu spenden, verständlicherweise nicht allzu ausgeprägt.

Wir haben zu Beginn im Jahr 2014 mal vereinbart, dass wir nicht mit Bezahlschranke oder Werbung arbeiten, sondern auf die Freiwilligkeit der Community hier setzen. Viele der Stamm-Foristen helfen auch unermüdlich mit, diesen Blog zu erhalten. In den vergangenen Wochen haben die „üblichen Verdächtigen“ auch wieder gespendet.

*Ich möchte heute an die appellieren, die hier gern lesen, aber noch nie etwas gespendet haben: Bitte helfen Sie uns und mir, damit es hier weitergehen kann! Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @Vers 1 Medien GmbH.*

---

# Konservatives Netzwerken...es ist noch nicht vorbei - oder doch?

Meine Stammtisch-Saison 2025 fürs bürgerlich-konservative Publikum neigt sich dem Ende zu. Kurz vor Weihnachten wollen wir uns noch einmal in Potsdam treffen und die politische Lage im Land besprechen. (Kostenlos und unverbindlich anmelden: [kelle@denken-erwuenscht.com](mailto:kelle@denken-erwuenscht.com))

Vorgestern war ich in Bad Salzuflen, meiner Geburts- und Heimatstadt, nach zwei Jahren einmal wieder. Veranstalter war dieses Mal nicht ich, sondern die spannende bürgerliche Initiative „Gesellschaft.heute“ meines Freundes Claus Preuss.

Eingeladen war ich zum Thema Fake News und die Frage, ob man den Medien noch vertrauen kann, aber schnell entwickelte sich ein bunter Meinungs austausch über die Frage, ob diese Bundesregierung von Friedrich Merz den Erwartungen irgendwann doch noch entsprechen wird, und wie man es mit der AfD halten soll.

Unter den Teilnehmern in der Runde waren auch CDU-Kommunalpolitiker, und natürlich war auch die „Abwahl“ der zwei Wochen vorher erst „versehentlich“ gewählten AfD-Vizebürgermeisterin von Bad Salzuflen, Sabine Reinknecht, ausführlich Thema.

Ich hab meine Meinung vertreten, dass die AfD für die klassischen Bürgerlichen, also CDU oder - wenn sie überlebt - FDP so wie jetzt nicht anschlussfähig ist, hauptsächlich wegen ihrer unterwürfigen Russland-Politik. Aber, ganz klar, die Art des Umgangs mit der AfD in den Parlamenten, insbesondere im Deutschen Bundestag, ist völlig inakzeptabel aus meiner Sicht.

Begonnen habe ich mit den Bürgerlich-Konservativen Stammtischen schon vor Corona, parallel zu meinen alljährlichen Schwarmkonferenzen. Nicht medienöffentlich, ohne Gesinnungskontrolle am Eingang. 300 bis 400 Teilnehmer aus der breiten bürgerlichen Palette von Parteien und Organisationen.

Natürlich ging es dabei nicht nur, aber auch, darum auszuloten, ob und wie es möglich sein könnte, aus der vorhandenen Mehrheit in der Bevölkerung für Themen wie Migration, Innere Sicherheit, Familie, Wirtschaft, GenderGaga oder Staatsfunk abschaffen eine politische Machtperspektive zu formen.

**+++Bitte unterstützen Sie unsere publizistische Arbeit+++Spenden Sie auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @Vers1 Medien GmbH+++**

Und, da gibt s nichts drum herum zu reden: Wir sind gescheitert!

Die Gründe kennen Sie alle. Brandmauer, persönliche Eitelkeiten, chronischer Geldmangel, Futterneid und so weiter...

Was bringt es also noch? Suchen wir uns ein anderes Hobby nach Brandmauer zwischen Union und AfD, nach WerteUnion und Bündnis Deutschland?

Oder denken wir noch mal neu? Gemeinsam?

*„Du musst unbedingt wieder einen Schwarm machen im kommenden Jahr“*, forderte mich ein Politiker vor Wochen beim Mittagessen in Berlin auf, den Sie alle kennen, aber den ich hier nicht nennen werde, um ihm nicht zu schaden.

„Warum?“, wollte ich wissen. Es ist vorbei, sollen Frau Petry und Herr Kemmerich doch jetzt ihr Glück versuchen...

Aber er ließ nicht locker. Wir alle müssten im Gespräch bleiben, neue Parteien seien offenkundig derzeit nicht gefragt, und trotz Brandmauer müsse es weitergehen. Und das unwürdige Hickhack zwischen der AfD und der CDU sei mehr als kontraproduktiv.

Das sehe ich auch so

Man hetzt die beiden größten politischen Kräfte aufeinander, und die an sich bedeutungslosen anderen Parteien auf der Linken spielen weiter ihre Spielchen. Das kann, das darf so nicht weitergehen.

Lassen Sie uns im Gespräch bleiben! Es wird weiter Stammtische überall in Deutschland geben. Und einen Schwarm kann es dann wieder geben, wenn die Frage nach dem WARUM überzeugend beantwortet werden kann. Was bringt uns Vernetzung, wenn nichts daraus folgt? Nichts daraus folgen kann?

Wir sind ja ein Mitmach-Medium

Wenn Sie gute Ideen für die zukünftige Strategie haben, wenn Sie mitmachen oder in ihrer Heimatstadt einen bürgerlichen Stammtisch organisieren wollen, dann schreiben Sie mit bitte persönlich an [kelle@denken-erwuenscht.com](mailto:kelle@denken-erwuenscht.com) und lassen Sie mich an Ihren Gedanken teilhaben!

---

## **Brandmauer und Aufmucken: Wenn das Imperium zurückschlägt....**

Als Bürgerlicher hofft man ja irgendwie immer, dass alles gut wird. Um dann morgens aufzuwachen und festzustellen, dass es eben doch nicht gut wird.

Eben las ich, dass angeblich der Widerstand in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen die Rentenpläne von Friedrich Merz „bröckelt“. Das ist wenig überraschend, denn wenn die angeblich unionsgeführte Bundesregierung jetzt nicht endlich beginnt, etwas von ihren Versprechen zu liefern, dann wird es

zappenduster. Und junge Abgeordnete – das sagt die Bezeichnung – sind Politiker, die beim Älterwerden noch was werden wollen. Auch das liegt in der Natur der Sache. Da ist es zwar gut, mal öffentlich aufzumucken und auf sich aufmerksam zu machen. Aber es ist schlecht, wenn man es dann anschließend so weit treibt, dass die tonangebenden Personen in der Fraktion, sich deren Namen merken, sollte die Bundesregierung daran später zerbrechen.

Mehr Standvermögen hätte ich persönlich dem Verband der Familienunternehmer und ihrer eigentlich tapferen Vorsitzenden Marie-Christine Ostermann zugetraut.

Nachdem die vor einer Woche verkündeten, die Brandmauer zur AfD gelte fortan nicht mehr, rudern sie nun mit kräftigen Flügelschlägen zurück.

Nachdem Mitglieder wie Rossmann, Vorwerk und Fritz-Kola öffentlichkeitswirksam austraten und – noch wichtiger – wie die Deutsche Bank ihre Zusammenarbeit einschränkten, teilte Ostermann nach Krisensitzungen „der Gremien“ gestern Abend mit – alle zurück auf Null!

„Wir müssen andere Wege der Auseinandersetzung finden, wie wir der AfD kritisch begegnen und gleichzeitig deutlich machen können, wofür wir stehen.“

Und: „Es ist das Gegenteil von dem passiert, was wir wollten.“

Die Familienunternehmer hatten jüngst Abgeordnete der AfD zum Parlamentarischen Abend eingeladen, und im etablierten Berliner Politikbetrieb war man *not amused*.

Der Verband, das kann man so sagen, steht als Wirtschaftsorganisation sicher der Union und der FDP nahe. Aber auch Grüne und SPD reden natürlich mit der wichtigen Interessenvertretung von 6500 namhaften Unternehmen in Deutschland. Und wenn die AfD zukünftig eingeladen wird, dann können Sie sicher sein, dass die Vertreter der anderen Parteien nicht mehr kommen. Auch Bundeskanzler Merz ist bei den Herrschaften schon als Redner gewesen. Kaum vorstellbar, dass er zukünftig kommen würde, wenn nach ihm Herr Brandner ein Grußwort spricht...

**Die Ausgrenzung der AfD setzt sich also fort, freiwillig oder unfreiwillig**

Denn die Familienunternehmer hatten doch recht mit ihrer Aufhebung der Brandmauer.

Man kann nicht so tun, als sei die derzeit stärkste politische Kraft in Deutschland gar nicht existent. Man muss die AfD wahrlich nicht mögen oder wählen – aber jetzt sind sie nun mal da. Und so, wie man bisher mit ihr umgeht, wird die Partei immer stärker.

Interessant übrigens: Spitzenpolitiker der AfD sitzen inzwischen regelmäßig in den wichtigen Talkshows des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Sie werden nicht geschont, nicht mit Samthandschuhen angefasst, aber sie werden eingeladen und kommen zu Wort.

Und wenn man Tino Chrupalla da sitzen und zum Thema Putin reden hört, dann stößt das zumindest bürgerliche Wähler in Westdeutschland eher ab, als ihm eine PR-Bühne zu bereiten.

Ich wiederhole mich, damit ich nicht missverstanden werde: Die „Brandmauer“ der Union gegenüber der AfD ist ein verhängnisvoller Fehler. Sie ist schlecht für die Demokratie und sie ist schlecht für die dringend notwendige Kurskorrektur, die unser Land braucht, und die bei manchen der entscheidenden Themen nur mit der AfD möglich ist.

Aber ich verstehe auch den Druck, der auf Frau Ostermann lastet und auf den jungen Abgeordneten von CDU und CSU, wenn da plötzlich die Telefone klingeln und mit Liebesentzug gedroht wird von denen, deren Liebe man sich doch sicher war.